

SPD-Ortsverein Bielefeld
Illuminatenweg 23
23425 Bielefeld

19. Juni 2009

Austritt aus der SPD

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin 2001 in jungem Alter in die SPD eingetreten und damit seit nunmehr 8 Jahren Mitglied. Ich war somit bereits in jungen Jahren politisch interessiert und aktiv und habe mich etwa durch die Gestaltung der Webseite des Ortsvereins, den Beisitz im Vorstand und im Wahlkampf bei der Bundestagswahl 2005 mit den Jusos eingebracht. Ich war immer davon überzeugt – und bin es auch nach wie vor – in den Grundsätzen der Sozialdemokratie meine politische Heimat gefunden zu haben. Dennoch habe ich mich entschlossen, aus der SPD auszutreten. Diese Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen.

Da ich ja derzeit woanders studiere und mich damit nur noch wenig in der Heimat aufhalte, ist meine Aktivität im Ortsverein zum Erliegen gekommen. Woanders habe ich aus zeitlichen Gründen keinen Anschluss an die dortige SPD gefunden. Allerdings verfolge ich die Bundespolitik recht intensiv. Die große Koalition ist nicht perfekt; es müssen Zugeständnisse an den Koalitionspartner gemacht werden – da ist es nur natürlich, dass ich nicht mit allem einverstanden bin, was in Berlin passiert. Doch die Vorgänge in der letzten Zeit haben mich zu der Überzeugung gebracht, dass ich diese Art der Politik nicht mittragen kann und will.

Am 17. April schloss die Bundesregierung auf Initiative von Bildungsministerin von der Leyen einen Vertrag mit fünf großen Internetprovidern. Darin ging es um die Sperrung von Internetseiten, die Kinderpornografie enthalten. Solche Seiten müssten angeblich gesperrt werden, der Zugriff müsse erschwert werden, die Internetnutzer müssten vor diesem Material geschützt werden.

Ich bin seit langer Zeit im Internet aktiv und in dieser Zeit nie auf kinderpornografisches

Material gestoßen. Experten bezweifeln die Existenz der von der Familienministerin postulierten kommerziellen Szene mit Millionenumsätzen und auch ich tue dies. Der Besitz von Kinderpornografie ist schon seit langem eine Straftat, der Handel damit sowieso. Dementsprechend wird solches Material nicht offen angeboten, sondern in konspirativen, geschlossenen Nutzergruppen heimlich getauscht. Sperrungen von Webseiten, die sich noch dazu von jedem halbwegs versierten Nutzer innerhalb von Sekunden umgehen lassen (und von jedem anderen Internetnutzer innerhalb kurzer Zeit auch, wenn er in Google „Internetsperren umgehen“ eingibt), sind ein absolut untaugliches Mittel, um den Handel mit Kinderpornografie zu bekämpfen. Und Kindesmissbrauch wird dadurch erst recht nicht verhindert.

Nachdem es gegen den Vertrag starke Kritik gab und außerdem einige große Internerprovider nicht mitziehen wollten, wurde am 22. April ein Gesetzesentwurf auf den Weg gebracht und innerhalb von ca. acht Wochen heute, am 18. Juni in leicht veränderter Form mit breiter Mehrheit der Koalition im Bundestag verabschiedet. Dieses Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpornografie in Kommunikationsnetzen, so der volle Name, sieht vor, dass das Bundeskriminalamt eine geheime Liste der zu sperrenden Seiten führt. Eine richterliche Kontrolle findet nicht statt. Davon abgesehen ist der Bund nicht zuständig, denn es geht um Prävention. Dies ist Ländersache. Mit fragwürdigen Mitteln wurde das Gesetzesvorhaben über den Wirtschaftsausschuss in den Bundestag eingebracht. Ich gehe davon aus, dass somit das Gesetz schon aus formalen Gründen verfassungswidrig ist und somit vom Bundesverfassungsgericht kassiert werden wird. Von den unverhältnismäßigen Eingriffen in diverse Grundrechte (Fernmeldegeheimnis, Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Informationsfreiheit, Berufsfreiheit) einmal abgesehen. Hier werden nämlich die nötigen Strukturen geschaffen, um eine Internetzensur durchzuführen (wie beispielsweise in China schon seit langem üblich und hier immer wieder verurteilt). Politiker und Lobbyisten schreien auch schon danach, das Gesetz auf andere Anwendungsbereiche auszuweiten, beispielsweise Urheberrechtsverletzungen.

Es regte sich breiter Widerstand gegen das Gesetz. Eine beim Bundestag eingereichte Petition erreichte über 134.000 Mitzeichner – absoluter Rekord. Bei der öffentlichen Anhörung zum Gesetzesvorhaben sprachen sich Experten gegen das Gesetz aus. Das gesamte Internet ist in Aufruhr. Eine Klarstellung: Niemand ist für Kinderpornografie. Kindesmissbrauch ist ein abscheuliches Verbrechen. Allerdings hilft das Gesetz nicht bei der Bekämpfung von Kinderpornografie, eher im Gegenteil. Die Mittel, um Kinderpornografie im Netz nicht bloß zu verstecken, sondern sogar komplett zu entfernen, existieren schon seit langem und jeder Privatmensch, der tatsächlich Kinderpornografie im Netz findet, braucht lediglich eine E-Mail an den Internetprovider zu schreiben, bei dem die Inhalte gelagert sind und innerhalb weniger Stunden ist das Material gelöscht. Dies wurde in den letzten Wochen mehrfach eindrucksvoll demonstriert. Doch die Politik schert sich nicht um Kritik. Es ist schließlich Wahlkampf und wenn Ursula von der Leyen das Gesetz will, dann will sie es und bekommt es auch!

Nun zeigte sich auch innerhalb der SPD Widerstand gegen das Gesetz: Der Bundestagsabgeordnete Jörg Tauss – einer von wenigen Menschen im Bundestag, die sich im Internet auskennen – war von Anfang an dagegen und letztendlich hat ihn sein persönlicher Kampf gegen Kinderpornografie und auch gegen den unsinnigen Aktionismus anderer Politiker in diesem Bereich seine Reputation und seine Ämter gekostet. Der Online-Beirat der SPD hat (leider zu spät) vor einigen Tagen eine Stellungnahme formuliert, in der er eindringlich davor

warnt, dem Gesetz zuzustimmen. Ganze Generationen von jungen Wählern, die mit dem Internet aufgewachsen sind, könnten wegbrechen, für diese könnte die SPD damit unwählbar werden. Dem stimme ich zu. Einige SPD-Linke um Björn Böhning haben auf dem Parteitag am letzten Wochenende einen Antrag eingebracht, man möge dem Gesetz nicht zustimmen. Dieser wurde von der Antragskommission mit der Begründung, die Diskussion wäre „medial unerwünscht“, einfach abgekanzelt.

Dieser Politikstil hat mir den Rest gegeben. Solche Entscheidungen kann ich nicht mittragen, ebenso kann ich den Weg, auf dem diese Entscheidungen zu Stande kommen, nicht mittragen. Ich erkläre also hiermit meinen Austritt aus der SPD. Die Arbeit mit euch im Ortsverein hat mir meistens sehr viel Freude bereitet und mich politisch geprägt. Ich habe in Sitzungen manchmal auch diejenigen belächelt, die wegen der Bundespolitik aus der Partei ausgetreten sind. Doch jetzt verstehe ich sie.

Mit freundlichen Grüßen

Eris Discordia